



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 10.05.2023

Niederschrift

12. Sozialausschusssitzung vom 24.04.2023

Anwesend:

Ausschussvorsitzende

Frau Dr. Daniela Stoeckel

Stellvertretende Ausschussvorsitzende

Frau Helga Weber

Ausschussmitglied

Frau Helga Berthold

Herr Abdelaziz Mouami

Frau Peggy Yvonne Pittner

Frau Daniella Sagnelli-Reeh

Stellvertretendes Mitglied

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Bürgermeister

Herr Bürgermeister René Kirch

Magistrat

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Brunst

Frau Stadträtin Jutta Burghardt

Herr Stadtrat Horst Engelhardt

Herr Stadtrat Klaus Scheuermann

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Ohl

Vertreter für Herrn Reinhard Schreek

Verwaltung

Frau Désirée Volz

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Frau Tina Argyriadis

Entschuldigt-Vertreter Dennis Alfonso
Muñoz

Frau Beate Pfeffermann

Entschuldigt

Seniorenbeirat

Herr Reinhard Schreek

Entschuldigt - Vertreter Michael Ohl

Schriftführerin

Frau Sonja Heid-von Kymmel

Entschuldigt

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Tagesordnung:

12. Sozialausschusssitzung am 24.04.2023

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Vorstellung des Seniorenbeiratsvorsitzenden
4. Mitteilungen des Magistrats
- 4.1. Warteliste wohnungssuchende Haushalte für sozialgeförderte Wohnungen
Vorlage: 140/0098/2023
- 4.2. Angebote Ferienbetreuung - Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion v.
16.03.2023
Vorlage: 140/0099/2023
5. 5-gruppige Kita St.Peray-Str.
Vorlage: 230/0052/2023
6. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1 Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Dr. Daniela Stoeckel begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Es besteht Beschlussfähigkeit. Sie begrüßt besonders den neuen Vorsitzenden des Seniorenbeirates, die anwesenden Mitglieder des Magistrats, die Vertreter aus der Verwaltung und den Bürgermeister.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift

Ohne Einwände.

Zu TOP 3 Vorstellung des Seniorenbeiratsvorsitzenden

Herr Michael Ohl stellt sich als neuer Vorsitzender des Seniorenbeirats vor. Er ist 67 Jahre alt und ist seit drei Jahren in Rente. Zuvor hat er in der Arbeitsagentur in Darmstadt gearbeitet. Sein Ziel ist, den Seniorenbeirat und die Seniorenarbeit sichtbarer zu machen. Es wird viel getan für Senioren – auch in den Stadtteilen – aber es ist zu wenig bekannt. Der Seniorenbeirat hat bereits viele Informationen. Nächster Schritt wird der Austausch mit allen Trägern und Institutionen in der Seniorenarbeit sein. Die Vorsitzende bedankt sich für sein Kommen, die Vorstellung und vor allem die Übernahme des Postens.

Zu TOP 4 Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Kirch informiert über:

- Kleiderkammer: Die Kleiderkammer soll in einen DRK-Kleiderladen überführt werden. Gespräche mit einem Immobilieninhaber haben stattgefunden. Die Entwicklungen zeichnen sich positiv ab. Ziel ist, eine dauerhafte Infrastruktur zu schaffen.
- Mitteilungsvorlage über Angebote für Kinder und Ferien: Die AWO Groß-Umstadt fusioniert mit der AWO Otzberg. Aus diesem Grund soll es ein gemeinsames Ferienangebot ggf. unter Einbeziehung des AWO Betreuerpools Hessen Süd geben. Eine finanzielle Unterstützung wurde bereits zugesagt. In den nächsten Monaten wird eine Vorlage erarbeitet, wie Ferienangebote unterstützt werden sollen, damit wir einen politischen Willen haben und wissen, wie viel Geld hierfür zur Verfügung gestellt werden soll.
- Besichtigung Neubau Kreiskrankenhaus: Die Rückmeldung des Kreiskrankenhauses steht aus, ein Termin Mitte/Ende Mai scheint realistisch zu sein. Allerdings wird die Gruppengröße aus 10 Personen beschränkt sein. Sobald Termin und genaue Personenzahl feststehen, wird ein Termin mit der Vorsitzenden koordiniert. Vermutlich noch in der zweiten Maihälfte.
- „Ich lebe und arbeite in Groß-Umstadt“: Mit der Maßnahme sollen Langzeitarbeitslose ins Arbeitsleben wieder überführt/gewöhnt werden. Das Projekt wur-

de inhaltlich in der Sitzung am 28.11.2022 vorgestellt. Bislang verläuft das Projekt sehr positiv. Aktuell werden Praktikumsplätze gesucht. Falls Unternehmen bekannt sind, die Praktikumsplätze anbieten, können die Kontakte gerne an die Verwaltung gemeldet werden.

- Sozialberatung: Es laufen Gespräche mit dem Landkreis. Wie sich Verwaltung/Magistrat die zukünftige Konstellation vorstellen können, ist abhängig von den Planungen des Landkreises. Nähere Informationen folgen in der nächsten Bürgermeisterdienstversammlung.
- Projekt „Vermiete an Deine Stadt“: Der Vertreter aus Viernheim hat für den Sozialausschuss am 05.06.2023 zugesagt. (Weiterstadt Anfrage/offen)
Vor dem 05.06. soll schon mal eine Umfrage gemacht werden, wer in der Lage wäre, zu den vom Landkreis vorgegebenen Konditionen an die Stadt zu vermieten. Dabei handelt es sich um eine reine Informationseinholung und keinen vorgezogenen Projektstart.
- Kita:
 - o Bericht über die Entwicklung der Kita-Plätze wird auf den 5.6. geschoben. Dann liegen aktuellen Kita-Zahlen vom Landkreis sowie weitere Informationen zu Baumaßnahmen und Waldkindergartengruppen.
 - o Termine:
 - 07.05. KIZ Straßenflohmarkt in Groß-Umstadt/Richen
 - 21.05. Kinderflohmarkt der Kita Kleestadt im Bürgerhaus Kleestadt
 - 01.07. 50 Jahre Jubiläums-Feier Kita Richen
 - o Kita Richen: Nach der Jubiläums-Feier beginnt die Umbaumaßnahme „Erneuerung Sanitärbereich EG“.
- KiJuFö: Stand 18.04. liegen 270 Anmeldungen für den Ferienpark vor. Dies entspricht dem Anmeldestand des Vorjahres. Es gibt noch freie Plätze und die Anmeldefrist wurde bis 06.05.2023 verlängert.
- Senioren:
 - o 27.04.2023 um 19:00 Uhr, Kompaktkurs „Demenz“ als Videokonferenz; in Zusammenarbeit mit dem Projektpartner „Netzwerk Demenz“
 - o Ende Mai – Vortrag zum Thema Patientenverfügung
 - o Außerdem hat sich Groß-Umstadt für die Vortrags- und Gesprächsreihe im Landkreis zum Thema „Demenz“ beworben. Die Vortragsreihe besteht aus 5 bis 6 Abende.

Anmerkungen von Herrn Alfonso Muñoz

- Wenn feststeht, dass der Kleiderladen auszieht und mit dem DRK-Kleiderladen fusioniert, bittet er um Information im Ausschuss und auch in der Stadtverordnetenversammlung.
- Er begrüßt die Unterstützung des AWO Spielmobils, zeigt sich allerdings verwundert darüber, warum die Gemeinde Otzberg Personal stellen kann, Groß-Umstadt aber nicht.
- Er weist darauf hin, dass die Vorlagen nicht komplett auf Session eingestellt sind.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Technik leider nicht zuverlässig arbeitet. Momentan finden in der Verwaltung einige Umstrukturierungen statt. Dabei werden auch die Prozesse – auch technisch - auf den Prüfstand gestellt

Zu TOP 4.1 **Warteliste wohnungssuchende Haushalte für sozialgeförderte Wohnungen**
Vorlage: 140/0098/2023

Vertreter aus Viernheim und Weiterstadt, wo das Projekt „Vermiete an Deine Stadt“ bereits durchgeführt wird, sind für die Ausschusssitzung 05.06.2023 eingeladen.

Inhalt der Mitteilung

Abt. 140

Insgesamt gibt es in Groß-Umstadt 180 sozial geförderte Wohnungen.

Die Warteliste der Wohnungssuchenden Haushalte für eine öffentlich geförderte Wohnung (sog. „Sozialwohnungen“) wurde zu Jahresbeginn wieder bereinigt. Dies bedeutet, dass alle Bewerber, die mehr als 1 Jahr ihre Wohnungsbewerbung abgegeben haben, schriftlich gebeten werden, eine aktualisierte Neubewerbung abzugeben. Erfolgt, auch nach einem Erinnerungsschreiben, keine Rückmeldung, wird die Wohnungsbewerbung von der Liste gestrichen. Somit ist die Wohnungssuchendliste stets aktuell.

Aufstellung bereinigte Wohnungssuchendliste

	Alter Stand	Neuer Stand
	14.02.2023	24.03.2023
Bis 50 qm	49	33
2 -3 Zimmer	14	8
3 -4 Zimmer	48	33
4 -5 Zimmer	41	32
Gesamt	152	106

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 4 Haushalte der Warteliste an die Wohnungsbauträger für ein Mietverhältnis vermittelt

Abt. 230

- **„Vermiete an die Stadt“**

Der Wohnungsmarkt in Groß-Umstadt und den zugehörigen Stadtteilen ist seit mehreren Jahren sehr angespannt. Bezahlbaren Wohnraum zu finden gestaltet sich zunehmend als schwierig. Die Flüchtlingskrisen 2015 und aktuell der Ukraine verschärfen diese Problematik noch einmal deutlich.

Aus diesem Grund schreibt die Stadt Groß-Umstadt das Konzept „Vermiete an die Stadt“ aus. Hierbei würde die Stadt bei den Wohnungen als Mieter auftreten, um die angemieteten Wohnungen anschließend über Untermietverträge an Groß-Umstädter Einwohnende mit Wohnberechtigungsschein weiter zu vermieten. Vorrangig ist jedoch immer das Ziel, dass Vermieter und Untermieter einen privatrechtlichen Mietvertrag abschließen. Daher wird die Stadt auch bei den genannten Untermietverträgen nach einem gewissen Zeitraum nachfragen, ob nicht eine Umwandlung in einen privatrechtlichen Mietvertrag möglich ist.

In einigen Kommunen im näheren Umkreis ist diese Art von Mietverhältnis zwischen Vermieter und Stadt bereits gelebte Praxis, viele haben mit der Anmietung von Wohnungen bereits gute Erfahrungen gemacht. Die Kosten für Miete sowie die Nebenkosten werden zu 100% durch die Stadt Weiterstadt übernommen und durch das Landratsamt refinanziert. Obergrenzen für die Miete sind vom Landkreis vorgegeben.

https://www.ladadi.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=21072&u=1&g=0&t=1680778294&hash=82aa79d417eb4f2f57427904d86815673d98df40&file=fileadmin/user_upload/Medienarchiv/Abteilungen/520/Allgemeines/Handout_Richtlinie_KDU_LK_Da-Di_Stand_01.02.2023.pdf

Im ersten Schritt erfolgt eine Abfrage über den Internetauftritt der Stadt Groß-Umstadt um die Menge der potentiell zur Verfügung stehenden Wohnungen ausloten.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4.2 Angebote Ferienbetreuung - Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion v. 16.03.2023 Vorlage: 140/0099/2023

Frau Berthold fragt an, ob die Spenden in Höhe von 11.000 € in den aufgelisteten Gesamteinnahmen 2022 enthalten sind.

Die Verwaltung wird gebeten, eine Aufschlüsselung der Einnahmen- und Kostenarten zu erstellen.

Inhalt der Mitteilung

Die Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.03.2023 zur allg. Ferienbetreuung sowie das Antwortschreiben vom 11.04.2023 sind als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 5

5-gruppige Kita St.Peray-Str. Vorlage: 230/0052/2023

Der Tagesordnungspunkt 5 wird vorgezogen.

Der letzte Satz in der Vorlage ist falsch. Das Erbbaurecht mit der evangelischen Kirche ist nicht Bestandteil der Beschlussvorlage.

Änderungsvorlage BGM:

Beschlusstext Vorlage: ... Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Planungen wieder aufzunehmen.

Das für die St. Peray Straße erstellt Geruchsgutachten wurde in der letzten Ausschusssitzung am 27.02.2023 vorgestellt.

Der Magistrat hat Sorge, dass Eltern Bedenken haben könnten und hat beschlossen, dass die Planungen für die St. Peray Straße gestoppt und dem Ausschuss Alternativen vorgelegt werden sollen. Nun soll der Ausschuss entscheiden, ob der Standort St. Peray Straße weiter in Betracht kommt. Im Anschluss werden die Planungen wieder aufgenommen. Danach erfolgt die Grundsatzentscheidung über Gebäudeumfang, Anzahl der Gruppen, Kosten etc.

Die Vorlage gibt einen Überblick über die betrachteten und geprüften alternativen Standorte. Demnach ist der Standort St. Peray Straße zu bevorzugen, da hier bereits Baurecht besteht. Es bestehen keine Bedenken, dort einen Kindergarten einzurichten. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg benötigt diesen Standort nicht als Ausweichstandort für das Max-Planck-Gymnasium.

Der Magistrat empfiehlt mehrheitlich den Bau in der St. Peray Straße wieder aufzunehmen.

Frau Berthold merkt an, dass die FDP dem Standort in der St. Peray Straße nicht zustimmen wird. Es wäre kein schöner Standort, da u.a. die Bahngleise direkt vorbeiführen.

Herr Laub erläutert, dass der Lärmpegel nur nachts im Hinblick auf Wohnbebauung problematisch wäre.

Herr Alfonso Muñoz kann die Bedenken der Bevölkerung bzw. des Magistrats nachvollziehen. Allerdings gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf Betreuung, und es müssen so schnell wie möglich so viele Plätze wie möglich geschaffen werden. Alle möglichen Lösungsansätze müssen genutzt werden. Das HadeKi liegt auch an der Bahnstrecke. Vorteil am Standort St. Peray seien die kurzen Wege zum Schwimmbad, zur Pumptrack etc. Die SPD stimmt dem Standort St. Peray Straße zu. Wiebelsbach und Kleestadt werden zwar ebenfalls gerade gebaut, aber Zeitfaktor ist ausschlaggebend. Er richtet seinen Appell an die anderen Fraktionen und bittet sie ebenfalls um Zustimmung.

Frau Pittner fragt nach, wie die Ausweisung der Fläche in den Kappesgärten (Richer Straße) als Freizeitpark zu verstehen ist. Der Bürgermeister erläutert, dass dies im Sinne einer Grünanlage zu verstehen ist.

Frau Weber stimmt Herrn Alfonso Muñoz zu. Wegen der Bahn hat sie weniger Bedenken, da das Gelände in der Nähe des Bahnhofs ist und die Züge hier nicht mit

hoher Geschwindigkeit fahren.

Herr Mouami stimmt Frau Weber hinsichtlich der Lautstärke der Bahn zu. Das Gutachten habe außerdem ergeben, dass eine Kita unbedenklich sei. Es wurden viele Alternativen geprüft und ausreichend diskutiert. Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Standort zu. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Frau Dr. Stoeckel stellt fest, dass hinsichtlich der alternativen Grundstücke keine Priorisierung erfolgt und fragt, wie sehr sich das Projekt verzögert. Herr Kirch erläutert, dass das Projekt St. Peray Straße seit Dienstag vor Ostern gestoppt ist.: Eine Aussage über das Ausmaß der Zeitverzögerung ist nicht möglich. Mitte Mai geht die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung und die Zeit des Planungsbüros ist nicht kalkulierbar.

Frau Berthold ergänzt ihre Bedenken, dass die Parkplatzsituation (P&R) auch nicht ideal sein. Es gäbe weitere städtische Gründe, auf denen eine Umsetzung schnell möglich ist.

Herr Kirch erläutert den Planungsstand sowie erneut die Bebaubarkeit der alternativen Grundstücke. Gemäß Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen befinden wir uns in Planungsphase 0 und hier haben wir gestoppt.

Bei den alternativen Standorten müssten Flächennutzungspläne geändert werden oder es liegen keine Bebauungspläne vor bzw. müssten geändert werden. Im Detail siehe Vorlage.

Die Realität zeigt überdies, dass Eltern vor allem darauf schauen, wie sie die Kita erreichen können. Die St. Peray Straße ist sowohl mit dem ÖPNV als auch mit dem Fahrrad und Auto gut erreichbar. Nicht zu Letzt ist es Aufgabe der Stadt darauf zu achten, dass die Kinderbetreuung gut im Stadtgebiet verteilt ist.

Auch der Bedarf in der Nordspange muss künftig bedacht werden und Maßnahmen müssen auch über 2028 – also langfristig gedacht werden. Aus diesem Grund soll der Neubau der Kita Raibach für das Nachmittagsangebot angepasst werden. Hier fehlte bisher eine Küche. Wiebelsbach wird modular gebaut, um auf künftige Bedarfe reagieren zu können.

Für die nächste Sitzung sollen Ideen für die kurzfristige Schaffung weiterer Kitaplätze überlegt werden.

Frau Sagnelli-Reeh merkt an, dass Plätze geschaffen werden müssen, die belebt sind bzw. belebt werden. Eine Kita in der St. Peray Straße würden diesen Bereich beleben. Außerdem führen drei Straßen zu diesem Standort, wodurch es zu keinen Verkehrsstockungen kommt. Weiter ist keine Versiegelung zusätzlicher Flächen für Parkplätze notwendig und die Wege ins Grüne sind kurz.

Herr Alfonso Muñoz versteht die Bedenken der FDP-Fraktion. Allerdings erfordert der aktuelle Zeitverlust auch eine Rechtfertigung, warum wir nicht schnellste Lösung genutzt haben. Folglich kann es passieren, dass Eltern ihren Rechtsanspruch einklagen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Neubau einer 5-gruppigen Kita am Standort St. Peray-Str. (vormals Mühlstraße)

Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Planungen umgehend wieder aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Empfehlung

6 Jastimmen

1 Neinstimme

Zu TOP 6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Alfonso Muñoz bittet um Stellungnahme des Bürgermeisters zu seiner Aussage, dass er von der Klage von Familie Merion nichts wusste. Herr Kirch erläutert, dass er letztes Jahr im September über die Klage informiert wurde und er zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht wusste, dass es inzwischen den Beschluss gab. Er hat mitbekommen, dass es Gespräche gab, konnte Sie aber nicht dem Vorgang zuordnen.

Im Rahmen der öffentlichen Sitzung gibt Herr Kirch über den Vorgang folgende Informationen: Familie Merino beklagt, dass sie keinen Ganztagesplatz in der von ihr bevorzugten Einrichtung angeboten bekommen hat. Im Eilverfahren hat das Verwaltungsgericht ausschließlich zu diesem Einzelfall bemerkt, dass einige Kriterien im Rahmen des Vergabeverfahrens nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Das bedeutet nicht, dass Familie Merino daraus ein Rechtsanspruch entsteht. Seitens der Verwaltung wurde ein neuer Bescheid zugestellt, der allerdings auch unter Neubemessung der vom Gericht aufgelisteten Kriterien zu keinem anderen Ergebnis führte. Herr Kirch betont, dass wir an der Problematik arbeiten, allen Kindern überhaupt einen Platz anbieten zu können. Politisch stellt sich die Frage, ob wir den Bedarf, der teilweise über die 6-Stunden-Betreuung hinaus geht, oder den rechtlichen Anspruch von 6 Stunden decken wollen.

Herr Alfonso Muñoz fragt die Verhältnisse und Zeitplanung bezüglich Wilhelm-Liebnecht-Straße an. Für den neuen Standort müssen zurzeit noch Baurechtsfragen geklärt werden, da wohnen im Gewerbegebiet. Prüfung zieht sich noch etwas hin bis wir mit Grundsatzbeschluss auf die Gremien zukommen.

Frau Dr. Stoeckel erklärt aus aktuellem Anlass, dass Frau Heid mit ihr die Tagesordnungspunkte für die Ausschusssitzungen klärt. Wenn es nur wenige Punkte gibt, fällt die Sitzung aus. Anliegen und Anfragen können gerne an Frau Dr. Stoeckel geschickt werden und Themen werden aufgenommen. Ansonsten bitte sie um Verständnis, dass bei kleineren Vorlagen keine Sitzungen stattfinden.

Dr. Daniela Stoeckel
Ausschussvorsitzende

Désirée Volz
Schriftführerin